

## Beschluss (vorläufig) Jetzt den Weg frei machen für Investitionen in unsere Zukunft

Gremium: Landesdelegiertenversammlung  
Beschlussdatum: 20.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalpolitische Erklärung

### Antragstext

1 Wir wollen Städte und Dörfer, in denen es sich gut leben lässt. Deshalb setzen  
2 wir GRÜNE uns für modern ausgestattete Kitas und Schulen ein, in denen kein  
3 Staub von der Decke bröckelt, für einen attraktiven ÖPNV und ein modernisiertes  
4 und reaktiviertes Schienennetz sowie für ausgebaute Radwege und Straßen ohne  
5 Schlaglöcher. Wir wollen günstige, saubere Energie aus Sonne und Wind, weiterhin  
6 stabile Stromnetze und eine zuverlässige Wärmeversorgung sowie flächendeckenden  
7 Mobilfunkempfang und Glasfaserinternet für jedes Haus. Wir setzen uns für mehr  
8 bezahlbaren Wohnraum ein, für eine Verwaltung, die Digitalisierung lebt sowie  
9 für beispielbare Sportplätze und moderne Schwimmbäder. Wir wollen Räume, die uns  
10 auch mit fortschreitendem Klimawandel ein gesundes Wohnen und Arbeiten  
11 ermöglichen. All das sind keine Extrawünsche, sondern die Basis eines guten  
12 Lebens vor Ort und für unser gesellschaftliches Miteinander.

13 Wir müssen feststellen: in der Vergangenheit wurde leider zu wenig für den  
14 Erhalt und den Ausbau dieser Infrastrukturen investiert. Der Investitionsstau in  
15 den Kommunen ist bundesweit gigantisch – laut dem KfW-Kommunalpanel 2023 bemisst  
16 er sich auf 165,6 Milliarden Euro. Auch in Rheinland-Pfalz wächst der Bedarf an  
17 kommunalen Investitionen, zugleich sind die Möglichkeiten vielerorts stark  
18 eingeschränkt. Der Investitionsstau bedroht zunehmend die Daseinsvorsorge vor  
19 Ort und schwächt tendenziell das Vertrauen in öffentliche Institutionen und in  
20 die Demokratie. Die Menschen im Land müssen sich auf eine funktionierende  
21 Infrastruktur verlassen können. Darüber hinaus braucht auch die Wirtschaft  
22 passende Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um zur lokalen Wertschöpfung  
23 und einem attraktiven Zukunftsstandort beizutragen.

24 Die Herausforderungen unserer Zeit, allen voran der Umgang mit der Klimakrise  
25 und ihren spürbaren Auswirkungen, bedürfen erheblicher Haushaltsmittel. Die  
26 öffentliche Hand hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für den  
27 Aufbau von klimaneutralem Wohlstand und Resilienz zu schaffen und die soziale  
28 Infrastruktur zu sichern. Andere Industrienationen wie die Vereinigten Staaten  
29 machen es mit dem Inflation Reduction Act (IRA) vor und bringen wegweisende  
30 Investitionsprogramme auf den Weg. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und  
31 mit den bestehenden, starren Schuldenregeln droht der Staat diesen wichtigen  
32 Aufgaben nicht mehr gerecht zu werden. Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen  
33 Fassung wird zunehmend zu einer Zukunftsbremse.

34 Das nötige Geld jetzt in die Hand zu nehmen, bedeutet auch in  
35 Generationengerechtigkeit zu investieren. Denn unseren Kindern und Enkeln wollen  
36 wir ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land hinterlassen und  
37 keine aufgeschobenen Lasten und marode Infrastrukturen. Wir können unsere  
38 Klimaziele erreichen, unseren Wohlstand erneuern, soziale Sicherheit  
39 gewährleisten und eine gute Zukunft schaffen, wenn wir uns trauen, die  
40 notwendigen Schritte zu gehen und die Mittel für die nötigen Investitionen –  
41 privat wie öffentlich – zu mobilisieren.

42 Bereits jetzt fordern renommierte Wirtschaftswissenschaftler\*innen,  
43 Unternehmer\*innen, Gewerkschafter\*innen und Ministerpräsident\*innen jeder  
44 Couleur den Weg frei zu machen für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen.  
45 Mit diesem Rückenwind aus der Breite der Gesellschaft wollen wir GRÜNE nicht bis  
46 zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, sondern jetzt Investitionen in die Zukunft  
47 möglich machen und diese verlässlich gestalten:

- 48 • Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern eine zügige Modernisierung der  
49 Schuldenbremse auf Bundesebene und unterstützen alle Bestrebungen, die  
50 eine Reform möglich machen. Wir wollen, dass öffentliche Investitionen,  
51 die neue Werte schaffen und bestehende Werte erhalten, zukünftig auch über  
52 Kredite finanziert werden können. So schaffen wir nötige  
53 Planungssicherheit und Rahmenbedingungen, damit auch Unternehmen  
54 Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort, in lokale Arbeitsplätze  
55 und regionale Wertschöpfung tätigen.
- 56 • Wir unterstützen die Idee des „Deutschland-Investitionsfonds für Bund,  
57 Länder und Kommunen“ der Grünen Bundestagsfraktion. Mit Hilfe dieses  
58 Fonds, der durch eine Reform der Schuldenbremse möglich wird, soll gezielt  
59 in die Erneuerung und Dekarbonisierung der Wirtschaft, in innovative  
60 Zukunftstechnologien und in eine funktionierende Infrastruktur investiert  
61 und somit gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen werden.
- 62 • Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern den Bund auf, diesen Fonds mit  
63 ausreichend Mittel für die Bedarfe der Länder und Kommunen auszustatten.  
64 Gerade unsere Kommunen, die Herzkammern unserer Demokratie, müssen  
65 dringend in Kitas, Schulbauten, Krankenhäuser, Wärmenetze, in Busse und  
66 Bahnen, in bezahlbare Wohnungen oder Schwimmbäder und Sportplätze  
67 investieren und brauchen hierfür finanzielle Unterstützung.
- 68 • Wir wollen die Idee des Investitionsfonds weiterverfolgen, auch wenn eine  
69 Modernisierung der Schuldenbremse keine verfassungsändernde Mehrheit im  
70 Bund findet. Eine Alternative ist ein im Grundgesetz verankerter  
71 Investitionsplan in Form eines Sondervermögens. Das wäre eine begrenzte  
72 Lösung, welche die aktuelle, starre Schuldenbremse nicht in Frage stellt,  
73 aber die von allen Seiten geforderte klimaneutrale Erneuerung unserer  
74 Wirtschaft und Modernisierung der Infrastruktur ermöglicht. Ein solches  
75 Finanzierungsinstrument bindet auch zukünftige Bundesregierungen und sorgt  
76 damit für Verlässlichkeit. Das ist vor allem für private Investitionen  
77 wichtig, die neben den öffentlichen Maßnahmen eine bedeutende Rolle  
78 spielen.
- 79 • Für uns geht eine funktionierende, ausreichend finanzierte Infrastruktur  
80 einher mit effizienten Abläufen. Das betrifft vor allem staatliches  
81 Handeln, was in und mit den Verwaltungen die Rahmenbedingungen für die  
82 Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Infrastruktur setzt. Darum  
83 wollen wir GRÜNE hinderliche Bürokratie abbauen sowie auf allen Ebenen  
84 Verwaltungsprozesse vereinfachen und digitalisieren. Dazu wollen wir auch  
85 Praxis-Checks in Verwaltungen einführen, um Entscheidungen einfacher und  
86 somit schneller umzusetzen. Das von uns mitentwickelte Kommunale  
87 Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und die

88 Zentralisierung der Windkraftgenehmigungen im Land setzen hierbei wichtige  
89 Maßstäbe.

90 Wir werden hierzu auch weiterhin auf Landesebene aktiv und Wege eröffnen, um die  
91 dringend nötigen Investitionen tätigen zu können. Nicht handeln war und ist für  
92 uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz keine Option.

93 • Dabei geht es uns auch für unsere Kommunen um den Dreiklang von  
94 Ermöglichung, Finanzierung und Umsetzung. Aktuell ist es vielen  
95 finanzschwachen Kommunen haushaltsrechtlich nicht möglich zu investieren.  
96 Dies ist selbst dann der Fall, wenn nur ein geringer Eigenanteil fällig  
97 wird oder sie durch die Investition den weiteren Wertverlust ihrer  
98 Infrastruktur aufhalten könnten. Kommunen sollten bei ihren Liegenschaften  
99 grundsätzlich Werterhalt auch durch kreditfinanzierte Investitionen  
100 gestalten dürfen. Das schafft zudem einen hohen gesellschaftlichen Wert  
101 für ein funktionierendes Gemeinwesen und für das kommunale Ehrenamt. Mit  
102 der Ermöglichung von Investitionen in wirtschaftliche Projekte im Bereich  
103 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zeigen wir bereits heute, wie  
104 dies vor Ort erfolgreich funktioniert.

105 • Zur Mobilisierung von Privatkapital wollen wir die Investitions- und  
106 Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) nach dem Vorbild der Europäischen  
107 Investitionsbank (EIB) zu einer echten Klima-Investitions-Bank  
108 weiterentwickeln. Mit Grünen Anleihen (Green Bonds) soll die  
109 Refinanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte ermöglicht werden.  
110 Förderprogramme, öffentliche Garantien und Gründungs-/Investitionskredite  
111 des Landes sollen klar auf die Transformation zu einer klimaneutralen  
112 Wirtschaft ausgerichtet werden und Investitionsanreize schaffen.

113 • Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz die Diskussion über ein Sondervermögen  
114 für Zukunftsinvestitionen voranbringen. Dazu werden wir prüfen, welche  
115 Möglichkeiten uns die aktuelle Rechtsprechung bietet. Das Urteil des  
116 Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie  
117 dessen Entscheidung zum Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 werten wir auf  
118 seine Auswirkungen auf ein mögliches Sondervermögen für Rheinland-Pfalz  
119 detailliert aus. Wir wollen der Frage nachgehen, wie diese beiden  
120 Entscheidungen miteinander zu vereinbaren sind, damit wir auch in  
121 Rheinland-Pfalz mehr investieren können, um unsere rheinland-pfälzische  
122 Wirtschaft klimaneutral umzubauen, unsere Infrastruktur zu modernisieren  
123 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu stärken.

## Beschluss (vorläufig) Machen, was zählt für unser Miteinander, unsere Zukunft und für unsere Demokratie

Gremium: Landesdelegiertenversammlung  
Beschlussdatum: 20.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalpolitische Erklärung

### Antragstext

1 Wir GRÜNE schaffen die Grundlagen für ein gutes Miteinander und für eine gute  
2 Zukunft. Mit Verantwortung für Menschen und Umwelt vor Ort und im Land, mit  
3 Zuversicht und einer klaren Haltung packen wir an und stellen uns den Krisen und  
4 Herausforderungen unserer Zeit. Grüne Politik - insbesondere Politik vor Ort –  
5 in den Gemeinden unseres Landes – bietet greifbare Lösungen, macht Zusammenhalt  
6 und Mitbestimmung erlebbar, zeigt, wie kommunaler Klimaschutz gelingen kann -  
7 das ist unser Mittel gegen den um sich greifenden Populismus. Wir stehen dabei  
8 geschlossen ein gegen rechten Hass und Gewalt und für unsere Demokratie, für die  
9 so viele auf die Straße gehen, die sich gegen Spaltung und für ein gutes  
10 Miteinander engagieren. Und wir stehen fest an der Seite all derer, die ein  
11 gutes Leben für alle generationsübergreifend heute und morgen ermöglichen  
12 wollen. Jetzt erst recht packen wir GRÜNE für unser Miteinander und unsere  
13 Zukunft an und gestalten aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus - für alle  
14 Menschen in Rheinland-Pfalz, für starke Städte und Dörfer und für ein Europa der  
15 Freiheit. Mit dieser kommunalpolitischen Erklärung stellen wir GRÜNE Rheinland-  
16 Pfalz die Grundzüge unserer Politik in den Kommunen vor ergänzend zu den GRÜNEN  
17 Wahlprogrammen vor Ort.

18 Mit der Corona-Krise, der fortschreitenden Arten- und Klimakrise, verbunden mit  
19 Extremwetterereignissen, dem Angriffskrieg Russlands, der damit verbundenen  
20 Energiekrise und Inflation begegneten und begegnen uns im Land bisher nie  
21 gekannte Herausforderungen. Sie erfordern einen neuen Umgang mit  
22 gesellschaftlicher Veränderung. "Unsicherheit" beschreibt das, was viele in der  
23 Gesellschaft gerade umtreibt und sorgt. Nach Jahren der Krise grassieren Ängste  
24 und schwindet Vertrauen in die politische Gestaltungskraft. Reaktionäre Kräfte  
25 wie die AfD versuchen, diese Unsicherheit zu nutzen, um gesellschaftliche  
26 Errungenschaften zurückzudrehen. Anstatt die Herausforderungen anzunehmen,  
27 gaukeln sie ein "früher war alles besser" vor. Sie wollen zurück in eine  
28 Vergangenheit und verleumden die Verantwortung für die Zukunft. Wir GRÜNE  
29 stellen uns den Herausforderungen und packen sie entschieden an. Uns stärkt  
30 dabei nicht nur unsere klare Haltung und immer neue Ideen, sondern auch unsere  
31 Basis vor Ort: in vielen rheinland-pfälzischen Städten und Dörfern übernehmen  
32 unsere GRÜNEN Ratsmitglieder Verantwortung - und in zahlreichen Städten,  
33 Landkreisen und Gemeinden gestalten GRÜNE aktiv als Bürgermeister:innen oder  
34 Beigeordnete. Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

35 Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und Zuversicht für eine gute Zukunft  
36 zu geben heißt, als GRÜNE das zu machen, was zählt. Wir verkriechen uns dabei  
37 nicht in die Wohlfühldecke, sondern suchen jetzt erst recht den Dialog mit den  
38 Menschen vor Ort, hören zu und finden Antworten auf verschiedene Perspektiven.  
39 Während andere durch Hetze spalten, übernehmen wir Verantwortung und suchen das  
40 Verbindende. Wir GRÜNE sind auch die entscheidende Kraft, wenn es um eine

41 Demokratie in Vielfalt und Freiheit geht. In Parlamenten genauso wie in  
42 kommunalen Räte, auf der Straße, am Stammtisch oder im Netz: Wir treten rechten  
43 Parolen und Positionen überall konsequent entgegen und unterstützen alle, die  
44 von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. Es braucht  
45 jetzt Geschlossenheit der Demokrat:innen in Gesellschaft und Politik: Es darf  
46 keinerlei Zusammenarbeit oder sonstige Kooperation mit der AfD und anderen  
47 rechtsextremen Parteien geben, egal auf welcher politischen Ebene.

48 Die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten muss mit allen  
49 verfügbaren Mitteln bekämpft werden, auch vor Ort.

50 Wir GRÜNE machen das, was zählt und stellen die Maßnahmen jetzt in den Fokus,  
51 die ein gutes Miteinander sichern und unsere Kommunen für eine gute Zukunft  
52 aufstellen:

53 Machen, was zählt mit Klimaschutz, der bei allen ankommt

54 Saubere Luft und intakte Natur, Unabhängigkeit von Öl, Kohle und Gas,  
55 Energieeffizienz und langfristige Kostenersparnis - all das bedeutet Klimaschutz  
56 auch vor Ort. Damit Klimaschutz bei allen in Rheinland-Pfalz ankommt, hat das  
57 grün geführte Klimaschutzministerium mit dem Kommunalen Investitionsprogramm für  
58 Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und mit dem Kommunalen Klimapakt (KKP) für  
59 Kommunen zwei umfangreiche Programme aufgesetzt. Solaranlagen an Balkonen, LED-  
60 Beleuchtung in Straßen, neue Heizungen in Schulen und Kitas, E-  
61 Ladesäulen am Supermarktplatz, Wärmenetze: Miteiner Direktförderung ohne großen  
62 Aufwand für die Kommunen in Höhe von 250 Mio. EUR stärken wir den Klimaschutz  
63 vor Ort. Das Erfolgsprojekt KIPKI wollen wir nun nach der Antragsphase in den  
64 Kommunen zur Umsetzung bringen, damit alle von Klimaschutz profitieren können.  
65 Ebenso haben wir dank entscheidender Weichenstellungen im Bund und Land das  
66 Tempo beim PV-Ausbau im Vergleich zu 2020 vervierfacht und in Rheinland-Pfalz  
67 das Ausbauziel von 500 MW deutlich überschritten. Die PV-Pflicht für neue und  
68 sanierte gewerbliche und öffentliche Gebäude, mehr PV in der Fläche und die  
69 Öffnung für PV auf denkmalgeschützten Gebäuden ermöglichen Kommunen, von mehr  
70 Solarenergie zu profitieren. Ebenso bei der Windkraft haben wir im Land die  
71 jahrelang vom Bund gezogenen Bremsen gelöst und den Zubau von Windkraft  
72 verbessert z.B. durch einen verkürzten Mindestabstand zu Siedlungsgebieten.  
73 Diesen Ausbau-Schwung bei den Erneuerbaren Energien wollen wir GRÜNE vor Ort  
74 weiterführen: wir wollen auf jedes geeignete öffentliche Dach eine PV-Anlage,  
75 PV-Anlagen beim Neubau direkt mitplanen und mehr Flächen für Windkraft, Agri-PV  
76 und dort, wo sinnvoll und möglich, Freiflächen-PV ausweisen. Bei der  
77 Wärmeversorgung wollen wir für Haushalte und Kommunen Planungssicherheit  
78 gewährleisten und klimaneutrale, bezahlbare Wärme zum Standortvorteil für Städte  
79 und Dörfer machen. Dazu wollen wir die Kommunalen Wärmeplanungen vor Ort zügig  
80 umsetzen und gemeinsam mit Verwaltung und Unternehmen Energieregionen  
81 voranbringen, die eine zielgerichtete Versorgung mit Nah- und/oder Fernwärme  
82 bündeln. Das Instrument der städtebaulichen Verträge wollen wir verstärkt nutzen  
83 und bei Neubau und Sanierung nachhaltige energetische Gebäudestandards sowie  
84 energieeffiziente Quartierslösungen angehen.

85 Der Erhalt der regionalen Wertschöpfung mit Industrie, Handel und  
86 Dienstleistung, insbesondere der vielen mittelständischen, familiengeführten  
87 Unternehmen, Landwirtschafts- und Handwerksbetrieben ist für uns von großer  
88 Bedeutung. Sie bieten vielen Menschen Arbeit, sichern so auch den Wohlstand in

89 unserem Land und sind wichtige Akteur\*innen bei sozialökologischen  
90 Veränderungsprozessen.

91 • Die Fach- und Arbeitskräftegewinnung muss als kommunales Handlungsfeld der  
92 Wirtschaftsförderung etabliert werden. Frühzeitige Berufsorientierung,  
93 Jobmessen und regionale Kooperationen wie Schule-Wirtschaft müssen genutzt  
94 und Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarkintegration von Frauen und  
95 Zugewanderten geschaffen werden.

96 • Mit Klimaanpassungskonzepten machen wir unsere Städte und Dörfer  
97 widerstandsfähig gegen Extremwetterereignisse und andere Folgen der  
98 Klimakrise. Die Sicherheit der Bürger\*innen und der Schutz vor Hochwasser,  
99 Starkregen & Co. steht für uns an oberster Stelle. Dafür schaffen wir  
100 Stellen in den betreffenden Behörden, vernetzen und digitalisieren  
101 Planungsabläufe für eine schnelle und für die Kommunen transparente und  
102 wirkungsvolle Umsetzung. Bürokratische Hürden und Schleifen zur Förderung  
103 und Finanzierung kommunaler Projekte sollen abgebaut werden.

104 • Wir schützen unsere kommunalen Wälder als Naherholungsgebiete und  
105 natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Gesunde Bäume und ein intaktes Ökosystem sind  
106 entscheidend für die Biodiversität und den Klimaschutz vor Ort. Darüber  
107 hinaus erhalten wir Naturschutzflächen und entwickeln Biotop- und  
108 Ausgleichsflächen zu ökologischen Trittsteinen für den Artenschutz. Wir  
109 suchen den Dialog mit unseren Landwirt\*innen und fördern über die Aktion  
110 GRÜN und BLAU das Engagement für naturnahe Bewirtschaftung von  
111 Landwirtschaftlichen Flächen, für Gewässerrandstreifen, Blühstreifen und  
112 Blockmahd

113 • In kommunalen Einrichtungen setzen wir uns für den Einsatz regionaler,  
114 saisonaler und ökologischer Lebensmittel ein. Dabei achten wir auf die  
115 Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und bieten intensive  
116 Bildungsangebote in Schule und Kita zu dem Thema an.

117 Machen, was zählt für ein gutes Miteinander vor Ort

118 Unsere Städte und Dörfer sind die zentralen Orte, in denen ein Miteinander in  
119 der Gesellschaft stattfindet. Damit ein gutes Miteinander unterschiedlicher  
120 Menschen gelingen kann, brauchen wir öffentliche Räume und eine funktionierende  
121 soziale Infrastruktur, die Begegnung und Unterstützung vor Ort ermöglicht. Wir  
122 GRÜNE machen uns im Land und in den Kommunen darum für gut ausgestattete Kitas  
123 und Schulen stark mit multiprofessionellen Teams wie z.B. Kita- bzw.  
124 Schulsozialarbeit und multifunktionalen Gebäuden, die z.B. als Familienzentren  
125 für Beratungsangebote und Elternkurse mitgenutzt werden können. Für eine sozial  
126 gerechte Bildung aller Kinder wollen wir Ganztagsangebote an Schulen genauso wie  
127 Integrierte Gesamtschulen flächendeckend im Land ausbauen. Demokratie lebt von  
128 Beteiligung und der frühestmöglichen Einbindung junger Menschen. Daher wollen  
129 wir in den Kommunen Jugendzentren besser ausstatten und die Offene Kinder- und  
130 Jugendarbeit mehr verankern genauso wie Projekte zur Demokratieförderung vor Ort  
131 stärken. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort die Möglichkeit haben, alle ihre  
132 Beteiligungsrechte, die dank GRÜNER Regierungsbeteiligung ausgebaut wurden, voll  
133 ausschöpfen können. Diese müssen adäquat mit personellen und finanziellen  
134 Ressourcen und Mitspracherechten ausgestattet sein. Ein gutes Miteinander heißt  
135 für uns GRÜNE auch, vor allem Frauen und Kindern vor Gewalt zu schützen und

136 dafür die Sozialen Dienste besser auszustatten und Beratungsangebote vor Ort zu  
137 stärken. Und zu einem guten Miteinander gehört für uns auch eine gute  
138 Unterbringung und Integrationsangebote für Geflüchtete und Migrant:innen. Darum  
139 setzen wir uns vor Ort dafür ein, dass die Kommunen nun die vom Land in diesem  
140 Jahr für Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten bereitgestellten  
141 zusätzlichen Mittel in Höhe von 267 Millionen Euro zielgerichtet einsetzen. In  
142 den Kommunen sprechen wir GRÜNE uns weiterhin für eine dezentrale Unterbringung  
143 sowie für ausreichende Integrationskurse und Beratungsangebote aus. Und ebenso  
144 machen wir uns dafür stark, was ein gutes Miteinander durch Bildung und  
145 Begegnung hervorbringt: die Impulse aus der vom Land angestoßenen  
146 Kulturentwicklungsplanung wollen wir in die Kommunen tragen und Kulturprojekte-  
147 und Initiativen in ihrer Vielfalt erhalten und stärken.  
148 Pflege- und Gesundheitsversorgung sind Teil der Daseinsvorsorge. Der  
149 demographische Wandel macht es zu einer großen Herausforderung, eine gute  
150 ärztliche und pflegerische Versorgung überall aufrecht zu erhalten. Wir machen  
151 uns stark dafür, dass die nächste hausärztliche Praxis und das nächste  
152 Krankenhaus für alle gut erreichbar ist und allen eine gute pflegerische  
153 Versorgung zu Verfügung steht. In den Kommunen treten wir im Rahmen der  
154 Möglichkeiten für eine aktive Pflegepolitik ein. Dort können die  
155 Pflegestrukturpläne regelmäßig aktualisiert und Pflege- und  
156 Gesundheitskonferenzen einberufen werden. Vielfältige und bedarfsgerechte  
157 Pflegeangebote sollen überall zur Verfügung stehen. Kommunen können kommunale  
158 Medizinische Versorgungszentren gründen und damit Versorgungsengpässen  
159 entgegenwirken und in Zukunft auch bei der Gründung von Gesundheitskiosken und  
160 Gesundheitsregionen mitwirken.

161 Bürgerschaftliches und kommunales Engagement bildet einen Grundpfeiler des  
162 Zusammenlebens vor Ort. Das Ehrenamt schafft Raum für Begegnung und fördert den  
163 Austausch und Verständnis füreinander. Wir wollen den Einsatz all derer, die  
164 sich täglich in Initiativen, Verbänden und Vereinen für unsere Demokratie, für  
165 ein lebendiges, menschliches Miteinander und die Vielfalt vor Ort einsetzen, mit  
166 Förderangeboten und mit Beratungsangeboten unterstützen.

167 • Wir setzen uns für eine flächendeckende Kinderbetreuung ein, mit  
168 Kitaplätzen für jedes Kind sowie Ganztagsangeboten in Grund- und  
169 weiterführenden Schulen. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz verdient eine  
170 qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung, die Eltern entlastet und  
171 soziale Teilhabe ermöglicht, von den Lerninhalten bis hin zur Verpflegung.  
172 Dafür erleichtern wir die Mitarbeit von Quereinsteiger\*innen und Eltern im  
173 täglichen Ablauf, wir fördern die Ausbildung, Umschulung und  
174 Weiterbildung, um für die Zukunft die Abläufe und Öffnungszeiten der Kitas  
175 aufrechterhalten zu können. Wir fördern die Einstellung von jungen  
176 Menschen, die im Rahmen eines FÖJ die Einrichtungen unterstützen können.  
177 Das gilt auch für das Betreuungsangebot an Ganztagschulen, damit die  
178 kommunalen Träger rechtssicher und für alle zufriedenstellend ihre  
179 Einrichtungen betreiben können.

180 • Wir unterstützen kommunal gemeinnützige Organisationen und engagierte  
181 Menschen in ihrer Arbeit und erleichtern geflüchteten Menschen den Zugang  
182 zur ehrenamtlichen Arbeit durch eine kommunale

183 Integrationskoordinationsstelle. Gemeinsam schaffen wir somit Perspektiven  
184 und stärken das Ehrenamt, den Pfeiler für gesellschaftlichen Zusammenhalt

185 • Digital, lokal, unkompliziert - Wir wollen die Kommunalverwaltung modern  
186 aufstellen sowie Bürokratie abbauen, damit sich die Menschen mit ihren  
187 Anliegen unkompliziert an die öffentliche Hand wenden können und gehört  
188 werden

189 • Die finanzielle Stabilität der Kommunen ist für uns von zentraler  
190 Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass sie handlungsfähig bleiben und  
191 als Orte der Gestaltung und Versorgung ihre Aufgaben erfüllen und wichtige  
192 Investitionen in die Zukunft tätigen können. Gleichstellung soll zukünftig  
193 in den kommunalen Haushalten verankert sein. Dieses Vorgehen, genannt  
194 Gender Budgeting, institutionalisiert eine geschlechtergerechte  
195 Mittelverteilung

196 • Im Rahmen eines kommunalen Kulturtags wollen wir alle Museen,  
197 Ausstellungen und sonstigen Angebote vor Ort für einen Tag im Jahr  
198 kostenlos öffnen und somit ein Angebot für Bildung und Teilhabe machen.  
199 Zugleich steigt so die Sichtbarkeit kultureller Wertschöpfung, langfristig  
200 soll es einen landesweiten Aktionstag geben. Wir setzen uns zudem dafür  
201 ein, dass in den Schulferien kostenlose und ermäßigte Kultur- und  
202 Freizeitangebote für Schüler:innen flächendeckend vorhanden sind.

203 Machen, was zählt für gutes Wohnen in Stadt und Dorf

204 Ob im Wohnhaus in der Stadt oder im Einfamilienhaus auf dem Land, ob im Quartier  
205 oder im Dorfkern: Wohnen in Rheinland-Pfalz ist heutzutage vielseitig. Gutes  
206 Wohnen bedeutet mehr als nur vier Wände: Plätze, an denen sich die Menschen  
207 treffen können, nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten, Kultur und Gastronomie. Gutes  
208 Wohnen trägt damit erheblich für ein gutes Miteinander vor Ort bei. Wir GRÜNE  
209 wollen gutes Wohnen vor Ort für alle möglich machen und dazu ausreichend  
210 bezahlbaren Wohnraum schaffen, Wohnquartiere stärker forcieren und  
211 Mehrgenerationenwohnen unterstützen. Dazu wollen wir den Leerstand nutzen und in  
212 den Kommunen mit Leerstandskatastern effektiver freien Wohnraum managen. Bei  
213 Wohnraum setzen wir auf eine inklusive und barrierefreie Gestaltung, die alle  
214 Geschlechter mitdenkt. Um Innenstädte zu lebendigen Orten der Begegnung mit  
215 Einzelhandel, Kultur- und Gastronomieangeboten zu machen, wollen wir bei  
216 Flächenveräußerungen in den Kommunen Konzeptverfahren als kommunales  
217 Steuerelement nutzen. Dabei entscheidet nicht der beste Preis, sondern das beste  
218 Konzept für die Innenentwicklung. Auch das Miteinander und das gute Leben in den  
219 Dörfern wollen wir stärken und Dorfkern wiederbeleben. Neben Sanierung und  
220 Umnutzung von leerstehenden Gebäuden wollen wir Dorfgasthäuser als Kulturgut,  
221 geselliger Treffpunkt und Veranstaltungsort erhalten und den Erhalt von  
222 Dorfgasthäusern nach dem Vorbild Hessen fördern. Und zu einem guten Wohnen  
223 gehören auch begrünte Straßen, Flächen und Fassaden sowie renaturierte Gewässer,  
224 was wir vor Ort stärker mit den bewährten Landesprogrammen Aktion Grün und Blau  
225 Plus vorantreiben wollen. Dort, wo eine Innenentwicklung nicht mehr möglich ist  
226 und Flächen ausgewiesen werden müssen, setzen wir GRÜNE zudem auf eine  
227 flächenschonende Planung sowie eine nachhaltige Bebauung.

228 • Wir setzen uns für lebendige Innenstädte mit vielfältigen Angeboten in  
229 Handel, Gastronomie und Kultur ein, denn diese sorgen für regionale



230 Wertschöpfung sowie eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität. Davon  
231 profitieren nicht nur die Einwohner\*innen vor Ort, sondern auch der  
232 Tourismus

- 233 • Wohnen ist ein Grundrecht, und wir wollen es für alle erschwinglich machen  
234 sowie für ein ausreichendes Angebot an Mietwohnungen sorgen. Deshalb  
235 unterstützen wir den öffentlich-sozialen Wohnungsbau und wollen zugleich  
236 Leerstände mithilfe von kommunalen Instrumenten aktiv angehen und  
237 ökologisch nachhaltig und sozial nutzen

238 Machen, was zählt mit moderner Mobilität im Alltag

239 Attraktive Radrouten, ausreichend verfügbarer ÖPNV, vernetzte Sharing-Angebote  
240 und gut erreichbare Umsteigepunkte: all das macht moderne Mobilität heutzutage  
241 aus. Die Möglichkeit mit verschiedenen Verkehrsmitteln zuverlässig unterwegs  
242 sein zu können mit einer funktionierenden Infrastruktur gehört heutzutage zur  
243 Daseinsvorsorge dazu. Wir GRÜNE wollen moderne Mobilität für alle Menschen in  
244 Rheinland-Pfalz verfügbar machen. Damit stärken wir die Erreichbarkeit auf dem  
245 Land und bringen klimaschonende Verkehrsmittel voran. In den Kommunen machen wir  
246 uns stark für sichere und gut ausgebaute Radwege sowie für eine zügige  
247 Realisierung der Pendleradrouen im Land. Um als moderne Arbeitgeber die  
248 Mitarbeitenden-Mobilität zu stärken und Anreize fürs Fahrradfahren zu fördern,  
249 wollen wir in den Kommunalverwaltungen Jobrad-Angebote für Angestellte  
250 einführen. Zentrale Knotenpunkte wie Dorfplätze oder Park&Ride Parkplätze wollen  
251 wir zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln mit ÖPNV-Haltepunkte,  
252 Fahrradabstellmöglichkeiten und CarSharing-Angebote für ein einfaches Umsteigen.  
253 ÖPNV in Rheinland-Pfalz wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Gemeinsam  
254 mit dem Land haben sich die Kommunen auf den Weg gemacht, ÖPNV-Konzepte auf die  
255 Straße zu bringen, die die Grundzentren in RLP in Vertaktung zur Schiene  
256 anbinden. Von einer Millionen km in 2016 auf 22 Millionen Buskilometer in 2024  
257 haben wir alleine den Busverkehr in den letzten Jahren ausgeweitet. ÖPNV ist ein  
258 „lebendes System“, das nach Erfordernissen und Rahmenbedingungen evaluiert  
259 werden muss. Digitale Systeme in kleineren und flexibleren Fahrzeugen können  
260 hierbei ergänzend die Mobilität in Randzeiten und auf Dörfern unterstützen.

- 261 • Jeder Mensch in Rheinland-Pfalz soll am gesellschaftlichen Leben  
262 teilnehmen können. Deshalb sorgen wir landesweit für einen zuverlässigen  
263 ÖPNV, der von allen barrierefrei genutzt werden kann

- 264 • Mit einer Investition von 2-4 Euro pro Einwohner:in und Monat fördern wir  
265 den Ausbau und die Verbesserung der Radwege, um die Verkehrssicherheit und  
266 den Klimaschutz voranzutreiben. Radfahren muss überall attraktiv und  
267 sicher sein

268 Machen, was zählt mit Wertschätzung für das kommunale Ehrenamt von Land in die  
269 Kommune

270  
271 Kommunalpolitiker\*innen setzen sich ehrenamtlich mit Herzblut und Leidenschaft  
272 für Angelegenheiten ein, die uns alle unmittelbar betreffen. Sie arbeiten nach  
273 dem Feierabend bis oftmals spät in die Nacht unermüdlich für unsere  
274 Gesellschaft. Dabei engagieren sie sich dafür, dass Bürger\*innen in  
275 Entscheidungsprozesse eingebunden werden und ihre Anliegen gehört werden. Ihr  
276 Einsatz erstreckt sich über eine Vielzahl von Themen und macht unsere Kommunen

277 lebenswerter und stärkt damit vor allem unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt  
278 sowie unsere Demokratie hier in Rheinland-Pfalz.

279

280 Kommunalpolitiker\*innen, besonders im Ehrenamt, verdienen unsere vollste  
281 Wertschätzung. Doch leider werden immer mehr Politiker\*innen auf kommunaler  
282 Ebene aufgrund ihres Engagements Opfer von Hass und Hetze, Beschimpfungen,  
283 Belästigungen und sogar Bedrohungen.

284

285 Besonders im Jahr der Kommunalwahl ist es von großer Bedeutung, dass kommunales  
286 Engagement sicher möglich ist und den gebührenden Respekt erhält.

287

288 Wir als GRÜNE nehmen die aktuellen Bedrohungslagen äußerst ernst. Es darf nicht  
289 passieren, dass sich Menschen gegen ein kommunales Engagement entscheiden und  
290 die demokratische Mitbestimmung vor Ort somit geschwächt wird.

291 • Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass bedrohte Kommunalpolitiker:innen  
292 Informationen zu Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten erhalten  
293 und diese auch vom Land gezielt gefördert werden. In konkreten  
294 Bedrohungssituationen muss Schutz und Unterstützung durch unsere  
295 Sicherheitsbehörden gewährleistet sein

296 • Wir setzen uns für Aufklärungs- und Informationskampagnen zum Thema  
297 "kommunales Ehrenamt" ein. Sie sollen Menschen in ganz Rheinland-Pfalz  
298 niedrigschwellig erreichen und für Engagement vor Ort motivieren

299 Wählen, was zählt: GRÜN am 9. Juni 2024

300 Dieses Jahr haben die Rheinland-Pfälzer:innen die Wahl: Sie können ein klares  
301 Zeichen für Europa, ein klares Zeichen für ein gutes Miteinander und eine gute  
302 Zukunft in ihren Städten, Dörfern und Kreisen setzen. Wir GRÜNE stehen mit mehr  
303 Wahllisten und mehr Mitgliedern denn je zur Wahl - wir wollen Verantwortung  
304 übernehmen - gerade in einer Zeit großer Herausforderungen. In den nächsten  
305 Wochen wird es auf uns ankommen für Vertrauen und Zuversicht zu werben.

**Beschluss (vorläufig)** Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Gremium: Landesdelegiertenversammlung

Beschlussdatum: 20.04.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken

## Antragstext

1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen  
2 verteidigen

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und  
4 andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag.  
5 Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten  
6 sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie,  
7 die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz  
8 und ganz Deutschland.

9 Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant.  
10 Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander,  
11 geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt  
12 in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für  
13 unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe  
14 von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die  
15 Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und  
16 mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf  
17 unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.

18 Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte  
19 Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen,  
20 Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und  
21 Gruppen und einzelne engagierte Bürger\*innen stehen für Demokratie und Vielfalt  
22 ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu  
23 würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo  
24 sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird  
25 derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.

26 Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen  
27 demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir  
28 setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:

29 Rechtsextreme Netzwerke auflösen

30 Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend  
31 hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin  
32 auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die  
33 rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und  
34 weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und  
35 ermordet.

36 Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den  
37 Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die  
38 richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen

39 Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen  
40 gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden  
41 aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein,  
42 diese wohlbedacht zu korrigieren.

43 Hass als Geschäftsmodell unterbinden

44 Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel,  
45 die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns  
46 ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere  
47 Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der  
48 Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the  
49 Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

50 Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme  
51 Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten  
52 Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter,  
53 der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam  
54 Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die  
55 gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

56 Korruption und autoritäre Einflussnahme bekämpfen

57 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten suchen die bewusste Nähe zu den  
58 autoritären Regimen dieser Welt. Hand in Hand verfolgen sie das gemeinsame Ziel,  
59 die liberale Demokratie zu zerstören. Dabei greifen sie auch auf staatlich  
60 organisierte Desinformationskampagnen zurück, die das Vertrauen in unsere  
61 rechtsstaatlichen Institutionen und demokratische Prozesse untergraben, unsere  
62 Gesellschaft spalten und Demokratinnen und Demokraten diskreditieren. Die  
63 transnationale Zusammenarbeit der Demokratiefeinde ist dabei durch  
64 intransparente Geldflüsse, Korruption und mafiose Strukturen geprägt.

65 Jeglicher Versuch der autoritären Einflussnahme ist eine Gefahr für unsere  
66 nationale Sicherheit. Es ist daher dringend notwendig die Kompetenzen unsere  
67 Sicherheitsbehörden in der Abwehr dieser weiter zu stärken. Ebenso fordern wir  
68 eine nationale Sensibilisierungsoffensive für die Gefahren von Desinformation,  
69 Einflussnahme und Korruption, mit der eine gesamtgesellschaftliche,  
70 demokratische Resilienz gefördert wird.

71 Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

72 Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische  
73 Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst  
74 akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent  
75 unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem  
76 Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In  
77 dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um  
78 langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen  
79 Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher  
80 an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das  
81 Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

82 Recht durchsetzen, Demokratie auch im Netz verteidigen

83 Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben  
84 verändert. Sie haben viele positive Effekte, dienen jedoch auch als  
85 Brandbeschleuniger für Hass, Hetze, der Verbreitung rechtsextreme Devotionalien  
86 und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User\*innen werden mit  
87 rechtsextremen und hasserfüllten Inhalten überschüttet.

88 Mit dem Digital Services Act und seiner jüngst beschlossenen nationalen  
89 Umsetzung im Digitale-Dienste-Gesetz, gibt es einen neuen, umfassenden  
90 Rechtsrahmen für Plattformbetreiber\*innen. Dieser muss nun durchgesetzt und mit  
91 Leben gefüllt werden. Rechtswidrige Inhalte müssen schneller gelöscht werden und  
92 gerade Plattformen, die für rechtsextreme Anwerbeversuche genutzt werden wie  
93 Gaming-Portale, stärker in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus gilt es,  
94 die Strafverfolgung im Netz zu intensivieren und den Druck auf nationaler und  
95 europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber\*innen weiter zu erhöhen, ihren  
96 gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich  
97 nachzukommen. Strafverfolgungsbehörden müssen zudem die nötige Sensibilität und  
98 personellen Ressourcen entwickeln, um Rechtsverstöße im Netz noch konsequenter  
99 und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu verfolgen.

100 Mit dem neuen Beirat bei der Koordinierungsstelle für Digitale Dienste der  
101 Bundesnetzagentur stärken wir die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der  
102 Durchsetzung des Digital Services Act. Darüber hinaus steigern wir mit Projekten  
103 wie „Scroll nicht weg“ die digitale Zivilcourage im Netz und empowern Menschen,  
104 im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz  
105 ist weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement und Gegenrede notwendig, um  
106 unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu erhalten.

107 Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

108 Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine  
109 starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das  
110 und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen  
111 und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an,  
112 demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir  
113 brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass  
114 widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige  
115 Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

116 Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen  
117 Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander  
118 ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für  
119 politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der  
120 außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und  
121 Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler\*innen im Laufe  
122 ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-  
123 Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands  
124 sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-  
125 Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten.  
126 Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an  
127 unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen  
128 einzuführen.

129 Engagierte und Betroffene besser schützen

130 Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und  
131 die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen  
132 Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus,  
133 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
134 engagieren.

135 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es  
136 Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen  
137 durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf  
138 Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir  
139 Auskunftsperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene  
140 streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung  
141 der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

142 Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im  
143 ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf  
144 schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener  
145 Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort  
146 einen Beitrag leisten.

147 Rechtsextreme konsequent entwaffnen

148 Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich  
149 hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in  
150 Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400  
151 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede  
152 davon ist eine zu viel.

153 Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf  
154 der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre  
155 alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf  
156 eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen  
157 dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine  
158 engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz  
159 zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich  
160 sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

161 Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

162 Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs  
163 ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen  
164 werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar  
165 von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und  
166 den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen  
167 breiten Schulterchluss aller demokratischen Kräfte.

168 Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für  
169 unsere Demokratie. Die rheinlandpfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie  
170 hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites  
171 Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen  
172 und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und  
173 Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht  
174 Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die  
175 rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie

176 angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als  
177 Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

178 Zu den Instrumenten der wehrhaften Demokratie zählt auch ein mögliches  
179 Parteiverbotsverfahren. Damit ein solches Verfahren von allen zuständigen  
180 Verfassungsorgane, also Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, intensiv  
181 geprüft werden kann, braucht es eine umfangreiche Materialsammlung. Wir fordern  
182 daher unsere Sicherheitsbehörden dazu auf, die richtigen Lehren aus vergangenen  
183 Parteiverbotsverfahren zu ziehen und eine rechtssichere Materialsammlung, die  
184 auch die Jugendorganisation der AfD umfasst, anzulegen.

**Beschluss (vorläufig) Anpassung des Gehaltes für den Geschäftsführenden Vorstand ab 01.01.2025**

Gremium: Landesdelegiertenversammlung  
Beschlussdatum: 20.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

## Antragstext

- 1 Wir beantragen hiermit die Vergütung des am 07.12.2024 neugewählten
- 2 Geschäftsführenden Landesvorstandes (GeVo) mit Wirkung zum 01.01.2025, dem
- 3 Beschluss der LDV vom 17.12.2022 folgend, das Gehalt der GeVo entsprechend an
- 4 die dann aktuelle Abgeordnetendiät abzüglich des regulären
- 5 Mandatsträgerbeitrages (MTB) von 16,5% anzupassen.
  
- 6 Wie vormals vorgeschlagen empfehlen wir von der Berechnungsbasis (siehe
- 7 Beispieltabelle unten) 75% für die Landesvorsitzenden bzw. 65% für die\*den
- 8 Landesschatzmeister\*in.



## Beschluss (vorläufig) Einführung Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz

Gremium: Landesdelegiertenversammlung  
Beschlussdatum: 20.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

### Antragstext

- 1 In die Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wird unter C.
- 2 Beiträge ein neuer Punkt 5 eingefügt:
- 3 (5) Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz
- 4 Die Höhe der monatlichen Sonderbeiträge beträgt für alle Abgeordneten des
- 5 Bezirkstages Pfalz, Mitglieder des Bezirkstagsvorstands und der GRÜNEN
- 6 Mitglieder in dessen Ausschüssen 10% der jeweiligen Entschädigungen. Von den
- 7 Entschädigungen aus Tätigkeiten in Aufsichtsräten werden ebenfalls 10% als
- 8 Beitrag gezahlt.
- 9 Die Zahlung der Sonderbeiträge ist fällig ab Annahme des Mandats bzw. Übernahme
- 10 des Amtes. Im Falle von Erhöhungen von Entschädigungen im Laufe der Wahlperiode
- 11 erfolgt eine automatische Anpassung. Der Einzug der Sonderbeiträge erfolgt
- 12 monatlich über die Landesgeschäftsstelle des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE
- 13 GRÜNEN Rheinland-Pfalz im Auftrag des Landesvorstandes. Zur Vereinfachung der
- 14 Zahlung wird ein Nachlass von drei Prozent auf den monatlich zu zahlenden
- 15 Sonderbeitrag gewährt, wenn der oder die Beitragszahler\*in einer
- 16 Einzugsermächtigung zustimmt.
- 17 Der Landesfinanzrat nimmt die Entwicklungen der Beitragszahlungen als
- 18 regelmäßigen Bericht der\*des Landesschatzmeister\*in zur Kenntnis.
- 19 Im Falle von erheblichen Abweichungen bzw. Nichtleisten von Zahlungen wird drei
- 20 Monate nach Zahlungsverzug an den Landesfinanzrat berichtet.
- 21 Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz sind dabei zu wahren. Sollte eine
- 22 Einigung nicht zustande kommen, wird die Angelegenheit dem Landesfinanzrat zur
- 23 Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Sollte auch mit dem Landesfinanzrat
- 24 eine Einigung nicht zu erreichen sein, wird die Angelegenheit der
- 25 Landesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.